

---

**Von:**

**Gesendet:** Freitag, 20. April 2012 18:11

**An:**

**Betreff:** FW: Anregung nach § 24 GO NRW - Potentialanalyse

---

**From:**

**Sent:** Friday, April 20, 2012 6:10:37 PM

**To:** Kordfelder, Dr. Angelika

**Subject:** Anregung nach § 24 GO NRW - Potentialanalyse

**Auto forwarded by a Rule**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

unter Hinweis auf das Haushaltsgesetz 2010 - § 28 Zuwendungen - Absatz (3) bitte ich zu prüfen, ob auch die Förderung einer Potentialanalyse zur Durchführung einer Regionalen in Rheine eine Ausnahme von der Erbringung des Eigenanteils darstellt.

Bekanntlich habe ich vor dem Hintergrund der anstehenden Konversion bereits mehrfach eine Potentialanalyse angeregt. Leider scheint die Stadt Rheine bislang, weil die Hoffnung bestand, keine Notwendigkeit gesehen. Nunmehr gibt es für den Bundeswehrstandort Rheine keine Hoffnung mehr.

Im übrigen wird auf die unten angeführten Ausführungen verwiesen.

Mit freundlichen Grüßen

Sacharowstraße  
48432 Rheine

So steht im Haushaltsgesetz 2010 unter § 28 Zuwendungen:  
"(3) Ausnahmen von der Erbringung des kommunalen Eigenanteils  
Abweichend von Nr. 2.3.3 und Nr. 2.4 VVG zu § 44 LHO (Verwaltungsvorschriften zur Landeshaushaltsordnung – Runderlass des Finanzministeriums vom 30.09.2003, zuletzt geändert durch Runderlass des Finanzministeriums vom 24.09.2007, MBl. NRW 2007 S.688) kann der Förderrahmen bis zu 90 vom Hundert der zuwendungsfähigen Ausgaben betragen. Zweckgebundene Spenden können für die Bemessung der Zuwendung außer Betracht bleiben und insoweit den verbleibenden Eigenanteil des Zuwendungsempfängers ersetzen. Die Regelungen nach den Sätzen 1 und 2 gelten ausschließlich für Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt und ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept (Nothaushaltskommunen einschließlich überschuldeter Kommunen) in den folgenden investiven Förderbereichen:

(a) Städtebauförderung – Unterpunkt Soziale Stadt

(b) Ökologie-Programm Emscher Lippe (ÖPEL)

(c) REGIONALEN

(d) Wasserrahmenrichtlinie

(e) Luftqualität

(f) Förderung von Kulturbauten

(g) Progres.nrw - European Energy Award.

Diese Regelung geht abweichenden Bestimmungen bezüglich der Erbringung des kommunalen Eigenanteils in den Förderrichtlinien zu den vorstehenden Förderbereichen vor.

Potentialanalyse für Rheine, Ibbenbüren

Sehr

Minister Voigtsberger dankt Ihnen für Ihr Schreiben vom 19. Februar 2012 und hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Die Bundeswehrstrukturreform stellt insbesondere die Stadt Rheine vor große Herausforderungen.

Dies war auch der Grund dafür, dass Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr an der Veranstaltung des Städte- und Gemeindebundes am 06. März 2012 in Rheine teilnahmen. Die Diskussionen auf dieser Veranstaltung haben ein weiteres Mal deutlich gemacht, dass die Landesregierung alles ihr Mögliche tun wird, um die von der Bundeswehrstrukturreform und vom Abzug der britischen Truppen betroffenen Gemeinden und Regionen zu unterstützen.

Wie Sie richtig schreiben, können sowohl Landesgartenschauen mit ihren ergänzenden städtebaulichen

Investitionen aber auch die Regionalen in Nordrhein-Westfalen einen Beitrag zur Konversion von

ehemaligen militärisch genutzten Immobilien leisten. Aber gleichzeitig dürfte klar sein, dass

die Konversion nur eine von vielen strukturpolitischen Herausforderungen der nordrhein-westfälischen

Gemeinden ist. Ebenso ist darauf zu achten, dass sowohl die Landesgartenschau wie auch regionale

Strukturprogramme für das ganze Land sind und nicht ausschließlich einer bestimmten Gruppe von

Kommunen zu Gute kommen sollen.

Bitte haben Sie Verständnis, dass vor diesem Hintergrund von Seiten des Landes keine Empfehlung

ausgesprochen werden kann, dass eine Gemeinde sich um die Ausrichtung einer Landesgartenschau bewirbt oder nicht. Ich gehe davon aus, dass die Stadt Rheine in eigener Zuständigkeit und Verantwortung diese Durchführung von Regionalen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung getroffen.

Unterschrift

----- Ursprüngliche Nachricht -----

Von:

An: "Poststelle@mwebwv.nrw.de" <Poststelle@mwebwv.nrw.de>

Datum: 19. Februar 2012 um 15:49

Betreff: Potentialanalyse für Rheine - für Ibbenbüren - für die Region ?

Sehr geehrter Herr Minister Voigtsberger,

laut Medienberichterstattung haben Sie der Stadt Ibbenbüren Unterstützung für eine Potentialanalyse zugesagt. Rheine liegt knapp 20 KM von Ibbenbüren entfernt und ist bekanntlich vom Abzug der Heeresflieger massiv betroffen.

In diesem Zusammenhang wollte ich am 19. Januar 2012, im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Stadt Rheine zum kommunalen Haushalt u. a. einen konstruktiven Beitrag im Rahmen der Haushaltsplanung einbringen. Leider konnte ich meine Ausführungen aus den unten angeführten Gründen (E-Mail an die Stadt Rheine vom 22. Januar 2012) nicht ausführen.

Da der Städte- und Gemeindebund am Dienstag, den 06. März 2012 eine Fachtagung Konversion in Rheine durchführt, Sie Herr Voigtsberger vor wenigen Tagen in

Ibbenbüren die Wichtigkeit einer Potentialanalyse vor dem Hintergrund eines anstehenden Strukturwandels zum Ausdruck gebracht haben, Frau Dr. Kordfelder bislang

mir nicht geantwortet hat, mir die Zukunft der Stadt Rheine am Herzen liegt und ich eine andere Auffassung als der Rat der Stadt Rheine vom 13. Dezember 2012 zu den Folgen des Abzuges der Heeresflieger aus Rheine habe, wende ich mich mit meinem Anliegen nunmehr an Sie, Herr Minister Voigtsberger.

Auszug des Beitrages, den ich leider nicht in diesem Umfang auf der Informations-

veranstaltung artikulieren konnte:

Rheine hat mit der Regionalen 2004 überzeugt. Das Konzept war nachhaltig, zukunftsorientiert und hat unsere Stadt maßgeblich aufgewertet. Die nächsten

Regionalen werden 2013 von der Region Südwestfalen und 2016 vom Westmünsterland durchgeführt. Als die Regionale rechts und links der Ems reifte, war parallel auch

der Gedanke einer Landesgartenschau in der Diskussion. Auch bei diesem Förderkonzept

des Landes steht die Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung im Fokus. Die nächsten Landesgartenschauen werden 2014 in Hemer und 2017 in Bad Lippspringe durchgeführt

werden. Dabei hat Bad Lippspringe mit seinem Konzept Wald-Gesundheit-Wasser überzeugt.

Für die von der Gesundheitswirtschaft abhängige Stadt ist die Landesgartenschau eine einmalige Chance für Umstrukturierungen. Das Zeitfenster zweier großer Strukturförde-

rungsprogramme in NRW, der Regionalen und der Landesgartenschau, ist also offen und keine andere Stadt in NRW ist von der Bundeswehrreform so hart betroffen wie Rheine.

Auch die Zechenschließung 2018 in Ibbenbüren wird die Region treffen. Im Kreis, im Münsterland und in NRW ist diese Position unbestritten. Die Region und das Land NRW steht hinter Rheine. Der Haushalt enthält für das Jahr 2012 einmalig 56.000 Euro im Budget der Bürgermeisterin für Gutachter- und Beratungskosten. Setzen wir diese 56.000 Euro der Bürgermeisterin für eine Vorstudie bzw. Potentialanalyse mit dem Ziel ein:

Welche Potentiale bieten die Strukturförderprogramme des Landes NRW Regionale und Landesgartenschau für die erforderliche Strukturförderung im Zeitfenster Rheine 2020 ?

Weitere 50.000 Euro könnte man aus dem Budget der Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft entnehmen: Strukturförderung statt Monitoring wäre

dann die Priorität.

Am 13. Dezember 2011 hat der Rat der Stadt Rheine einstimmig beschlossen: Eine signifikante Reduzierung des Bundeswehrstandortes Rheine würde, eine Versetzung

aller Beschäftigten vorausgesetzt, die Einwohnerzahl und das einzelhandelsrelevante Kaufkraftpotential nur marginal um weniger als einen Prozentpunkt reduzieren.

Diese Auffassung vertrete ich nicht !!!

Weiterhin war in diesen Tagen in den Medien zu lesen, dass nach der föderalen Aufgabenverteilung die strukturpolitische Verantwortung für die Bewältigung der Konversionsfolgen vorrangig bei den Ländern liegt. Diese Aufgaben-

verteilung ist nicht neu und unterstützt daher Denkansätze - wie oben angeführt - Vorstudien bzw. Potentialanalysen mit kommunalen Mitteln und Unterstützung des

Landes NRW auf dem Weg zu bringen. Ich denke, Sie Herr Voigtsberger werden sich nicht verschließen und bei einer Potentialanalyse helfen - vielleicht auch im regionalen Kontext.

Zudem bitte ich um Unterstützung, dass über die Bundes- und Landesebene eine

Änderung des BIMA Gesetzes erzielt wird. Der Passus der wirtschaftlichen Verwertung

muss gestrichen werden. Die Fachtagung Konversion des Städte- und Gemeindebundes NRW,

welche am 06. März in Rheine tagt, könnte schon erste Schritte unterstützen und einfordern.

Mit freundlichen Grüßen

Sacharowstraße  
48432 Rheine

----- Ursprüngliche Nachricht -----

Von:

An: "Zahn, Günter" <Guenter.Zahn@rheine.de>, "Wullkotte, Jürgen" <Juergen.Wullkotte@rheine.de>, "Lütke-meier, Werner" <Werner.Luetkemeier@rheine.de>, "Kordfelder, Dr. Angelika" <Dr.Angelika.Kordfelder@rheine.de>

Datum: 22. Januar 2012 um 07:55

Betreff: Veranstaltung zum Haushalt am 19. Januar 2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

der Haushalt für das Jahr 2012 wurde öffentlich bekannt gemacht.

Am 19. Januar 2012 wurde der Haushalt für das Jahr 2012 in einer öffentlichen In-

formationsveranstaltung durch Vertreter der Stadt Rheine erläutert. In der Einladung

von Ihnen wird u. a. ausgeführt: Mir ist es wichtig, mit Ihnen, den Bürgerinnen und

Bürgern unserer Stadt, über den Haushalt persönlich ins Gespräch zu kommen. Gelegenheit

haben wir dazu im Rahmen einer Informationsveranstaltung, 19. Januar 2012, zu der ich

Sie auf diesem Wege herzlich einlade ! Ich freue mich auf eine engagierte Diskussion mit

Ihnen - und natürlich auf Ihre ebenso kritischen wie konstruktiven Beiträge.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,

der Verlauf der Veranstaltung entspricht nicht der Einladung und wurde in einem formellen Zeitrahmen des Haushaltsplanverfahrens für das Jahr 2012 durchgeführt.

Weiterhin hat der Rat der Stadt Rheine am 13. Dezember 2011 eine Antidis-

kriminierungsagenda beschlossen. Gegen diese Agenda ist somit durch Ihnen Frau

Bürgermeisterin Dr. Kordfelder verstoßen worden. Anwesende Kommunalpolitiker, die

am 13. Dezember 2011 die Agenda beschlossen haben, haben geschwiegen. Die Würde

des Menschen ist zu schützen, heißt es nicht nur in der Anti-Diskriminierungsagenda.

Ich bitte Sie daher, dass die Stadt Rheine das Vorgehen öffentlich widerruft, das

Handeln der Moderatoren öffentlich mißbilligt, Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder

und der Fachbereich Finanzen mir bis zum 30. Januar 2012 (Beginn der Frist für

formelle Einwendungen) das mir verwehrte Recht nachholen. Der § 223

Strafgesetzbuch

sollte bekannt sein.

Beste Grüße

Sacharowstraße

48432 Rheine